



|                                                                                                                              |                   |              |          |                  |
|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------|--------------|----------|------------------|
| <b>ANTRAG</b>                                                                                                                |                   | Vorlage Nr.: |          | <b>2017/0516</b> |
| GRÜNE-Gemeinderatsfraktion                                                                                                   |                   |              |          |                  |
| <b>Gute Arbeit – zukunftsfähige Stadtverwaltung: Berufliche Integration von Geflüchteten bei kommunalen Ämtern/Betrieben</b> |                   |              |          |                  |
| Gremium                                                                                                                      | Termin            | TOP          | ö        | nö               |
| <b>Gemeinderat</b>                                                                                                           | <b>26.09.2017</b> | <b>26</b>    | <b>x</b> |                  |

1. Die Stadtverwaltung prüft, in welchem ihrer Ämter/Betriebe es möglich ist, Arbeitsplätze für Geflüchtete zu schaffen.
2. Die Stadtverwaltung beteiligt sich am Projekt der ver.di Bundesverwaltung: Gute betriebliche und berufliche Integration von Geflüchteten in kommunalen Betrieben.

### Sachverhalt / Begründung:

Der ver.di Fachbereich Gemeinden führt ein Praxisprojekt zur betrieblichen und beruflichen Integration von Geflüchteten durch (Beschreibung siehe anbei bzw. unter <http://gemeinden.verdi.de/projekte/++co++4d68c7dc-7601-11e6-96aa-525400438ccf>). Bis zu zehn kommunale Betriebe können sich daran beteiligen. Teilnehmende Betriebe erhalten fünf Beratungstage als Anschub-Unterstützung. Darin können z.B. Fragestellungen zu folgenden Themen bearbeitet werden:

- Kooperation mit Jobcenter bzw. Weiterbildungsträgern
- Sprachbildung und Praktika
- Öffentlichkeitsarbeit (Besichtigungen, Schnuppertage)
- Integrationslotsen, Patenschaften
- Mitarbeiterqualifizierung.

Viele Unternehmen haben ihre Verantwortung als Arbeitgeber angenommen und Zuwanderung als Chance erkannt. Sie engagieren sich bereits stark bei der Integration von Flüchtlingen und begegnen so gleichzeitig Fachkräftemangel und demografischem Wandel. Dies wünschen wir uns auch von der Stadtverwaltung Karlsruhe.

Nach Auskunft der koordinierenden Stelle in der ver.di Bundesverwaltung können derzeit noch weitere kommunale Ämter/Betriebe in das Projekt aufgenommen werden.

Nach Einschätzung unserer Fraktion wäre die Beteiligung an dem Projekt auch für die städtischen Ämter und Betriebe von Vorteil. Es könnten z. B. Stellen, für die es auf dem Arbeitsmarkt derzeit keine Interessent\*innen gibt, besetzt werden. Zusätzlich ermöglicht die ganzheitliche Herangehensweise dieses Projektes, Menschen mit und ohne Migrationserfahrungen an ihrem Arbeitsplatz in Kontakt miteinander zu bringen und damit zu einer besseren Integration der Geflüchteten beizutragen.

unterzeichnet von:

Verena Anlauf  
Joschua Konrad  
Dr. Ute Leidig  
Renate Rastätter